Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 32. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag den 8. Februar 1927

Britisch-russisches Gegenspiel.

Gewiß mag man gegen englische Behauptungen, bei den chinesischen Angriffen auf die dortige Handels- und Machtstellung Englands sei sowjetrussisch-bolschewistischer Einfluß mit im Spiel, einige Zweifel hegen, denn derartige Vorwürfe wurden in London wohl immer dann erhoben, wenn es irgendwo in der Welt gegen die Herrschaft Englands kriselte. Dann sollen derartige Behauptungen besonderen Eindruck in Nordamerika machen, das sich ja als den unbedingtesten Gegner des Bolschewismus betrachtet, — was freilich durchaus nicht daran hindert, daß man mit Moskau recht gute Geschäfte macht. Daß England selbst als Macht für den Bolschewismus einen gefährlichen Feind darstellt, hat aber die Sowjetrepublik nicht vergessen; über den Standpunkt eines kühl-offiziellen Verhältnisses ist man deswegen auch nicht hinausgegangen und begrüßte es heimlich, wenn dem Englischen Weltreich irgendwo Schwierigkeiten entstanden. Beim Freiheitskampf der Türken hat man — inoffiziell natürlich — auch etwas geholfen und zertrümmerte dadurch die englische Vormachtstellung in Vorderasien. Auch in China mag jetzt Ähnliches geschehen und sofort wird noch deutlicher auf die englisch-amerikanische Interessengemeinschaft im Kampf gegen den Bolschewismus hingewiesen, denn im englischen Kabinett scheint inzwischen die schärfere Tonart gesiegt zu haben; sprach doch soeben der Innenminister Johnson Hicks mit ganz auffallender Heftigkeit gegen die Einmischungsversuche der Moskauer Politik in China.

Die Zeiten sind vorbei, da die Sowjetrepublik durch die Kämpfe im Innern so geschwächt war, daß sie an eine aktive Außenpolitik nicht denken konnte, außerdem in der Welt völlig isoliert dastand, wie ein Pestkranker gemieden wurde. Der Jahrzehnte alte Gegensatz zwischen England und Rußland, der sich erst milderte, als auf Englands Betreiben Japan dem russischen Vordringen in Hinterasien ein Halt gebot, jener Gegensatz, den dann nur der Traum einer Eroberung Konstantinopels milderte und der darauf sogar durch die Waffenbrüderschaft ersetzt wurde, ist aber mit dem Erstarken des Bolschewismus mit stärkerer Wucht wieder ausgebrochen. Die deutsche politische Rechnung vor dem Weltkrieg hatte ja den tief tragischen Fehler aufgewiesen, daß dieser Gegensatz etwas Unüberwindbares sei und bleiben würde. Jetzt ist er aber wieder da, nur hat er noch weit größere Ausmaße nach innen und außen gewonnen. War er früher nur machtpolitisch, weil Englands Machtstellung in Asien bedroht schien, so hat er sich jetzt auch innerlich vertieft durch die weltanschaulichen Gegensätze zwischen der bolschewistisch-kommunistischen Ideenwelt und dem entgegengesetzten englischen Standpunkt. Und nach außen hin erweiterte er sich durch das Erwachen Chinas einerseits, das auch den Kampf gegen England bedeutet, und das Herantreten der Vereinigten Staaten an die Seite Englands. Diese Unterstützung ist für England um so willkommener, als es seinen früheren Bundesgenossen Japan verloren hat, den es dem Drängen Australiens und Nordamerikas opfern mußte. Dunkel genug ist die Haltung Japans gegenüber den Vorgängen in China und allzu gern würde man in London eine aktive Mitarbeit jenes Landes bei dem Vorgehen gegen die „Aufständischen" begrüßen.

Man fühlt sich eben als allzu isoliert, zumal sich die Vereinigten Staaten doch nur auf eine mehr oder minder „moralische" Unterstützung zu beschränken scheinen. Und in ihrem Gegensatz zu Rußland ist die englische Regierung schon lange in eine sehr unbequeme Abwehrstellung gedrängt, hat von Moskau her schon Dinge einstecken müssen, die man sonst nur mit dem sofortigen Abbruch jeglicher diplomatischen Beziehung beantwortet hätte. Wirtschaftliche Hoffnungen auf Beteiligung am russischen Geschäft und darum angesichts der englischen Wirtschaftsnot bittere Notwendigkeit sind die Gründe der Zurückhaltung. Wie lange noch, wird sich erst zeigen, wenn London aus seiner politischen Isolierung herausgekommen ist.

*

Amerika will ein neutrales Schanghai.

Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten beauftragte Sonntag den amerikanischen Gesandten in China, Mac Murray, bei den kriegführenden Parteien dahin vorstellig zu werden, daß sie die internationale Zone von Schanghai von der Kriegführung ausnehmen. Diese Aufforderung ist in die Form einer regulären Note gekleidet, die sowohl Tschangsolin wie Suntschuanfang und den Kantontruppen übermittelt wurde. Die Antwort steht noch aus, woraus Washington schließt, daß die Marschälle versuchen werden, an die Neutralisierung Bedingungen für die Zukunft Schanghais zu knüpfen. Die amerikanische Note deutet bereits an, daß Amerika bereit wäre, die Neutralisierung eventuell zu erkaufen. Der Schlußabsatz besagt nämlich, daß die amerikanische Regierung gegen eine Verhandlung über den zukünftigen Status Schanghais, wenn sie ordnungsmäßig eingeleitet und durchgeführt würde, nichts einzuwenden hätte.

Der Notenwechsel über die Restpunkte.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 7. Februar. Der Notenwechsel zwischen dem deutschen Botschafter in Paris und dem Präsidenten der Botschafterkonferenz über die endgültige Vereinigung der Restpunkte liegt nunmehr vor. Die Vereinbarung zwischen dem bevollmächtigten Vertreter der deutschen Regierung, Generalleutnant von Pawelsz, und dem Interalliierten Militärausschuß von Versailles über das System der befestigten Werke der deutschen Ost- und Südgrenze hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund der Verhandlungen, welche über die Auslegung der Artikel 180 und 196 des Vertrages von Versailles stattgefunden haben, wird, um in Zukunft jeden Zweifel auszuschließen, folgendes festgestellt: 1. Unbeschadet der der Küstenzone durch den Artikel 196 auferlegten Beschränkungen wird das System der befestigten Werke der deutschen Ost- und Südgrenze so aufrecht erhalten, wie es 1920 von der Interalliierten Militärkontrollkommission aufgenommen worden ist, wobei Einverständnis darüber besteht, daß unter Ost- und Südgrenze das Gebiet zu verstehen ist, das sich von der Linie der von der Interalliierten Militärkontrollkommission aufgenommenen befestigten Werke unter Einbeziehung dieser befestigten Werke bis zur deutschen Grenze erstreckt. Die durch die genannten befestigten Werke gebildete Linie ist in der Anlage festgelegt.

2. Soweit nicht in Ziffer 3 etwas anderes vereinbart ist, werden in diesem Gebiet nur die befestigten Werke und Unterstände aufrecht erhalten werden, die 1919 bestanden haben und 1920 von der Interalliierten Militärkontrollkommission aufgenommen worden sind, wobei Einverständnis darüber besteht, daß diese Werke und Unterstände mit der damaligen Zweckbestimmung und der damaligen Stelle erhalten werden und daß weder ihre Zahl noch ihre Ausdehnung vergrößert werden soll. An ihnen werden nur Instandhaltungsarbeiten vorgenommen werden, jedoch kann bei diesen Werken und Unterständen das verderbliche Material (Erde, Holz, Ziegel) durch Beton- oder Mauerwerk ersetzt werden. In diesem Gebiet wird kein befestigtes Werk und kein Kriegszwecken dienender Unterstand gebaut werden, auch nicht zum Ersatz alter eingebneter Feldstellungen.

3. Im Wege des Vergleiches erklären sich die Alliierten Regierung damit einverstanden, daß von den seit 1920 gebauten Unterständen 34 erhalten bleiben, nämlich bei Glogau auf dem linken Ufer der Oder 8 Unterstände, bei Lötzen 15 Unterstände, bei Königsberg 31 Unterstände. Diese Werke werden in die von der Interalliierten Militärkontrollkommission aufgestellten Aufnahmelisten eingetragen werden. Alle übrigen seit 1920 errichteten Unterstände, nämlich bei Glogau auf dem rechten Ufer der Oder 7 Unterstände, bei Küstrin auf dem rechten Ufer der Oder 5 Unterstände, bei Königsberg 22 Unterstände, werden innerhalb einer Frist von vier Monaten vom 15. Februar ab gerechnet, zerstört werden. Von den 22 zu zerstörenden Unterständen bei Königsberg werden 17 durch die deutsche Regierung bezeichnet werden, 5 werden durch die alliierten Regierungen ausgewählt, sobald die der deutschen Regierung überlassene Bezeichnung der 17 Unterstände erfolgt ist.

4. Deutschland gibt die Versicherung, daß in dem in Ziffer 1 bezeichneten Gebiet keine andere seit der Aufnahme gebauten befestigten Werke oder einem Kriegszwecke dienenden Unterstände vorhanden sind, als diejenigen, die der interalliierten Militärkontrollkommission mitgeteilt worden sind.

Paris, den 31. Januar 1927. Der Chef des Stabes des Interalliierten Militärausschusses, gez. Vouatier; der bevollmächtigte Vertreter der deutschen Regierung, gez. von Pawelsz.

Eine Anlage 1 bezeichnet die Linie der befestigten Plätze und Anlagen.

Sie ist wie folgt festgelegt worden: Eine gerade Linie von Königsberg nach Sensburg (von dem Punkt, wo sie die im Artikel 196 vorgesehene Küstenzone von 50 Kilometer verläßt), dann von Sensburg nach Marienburg (bis zu dem Punkte, wo sie die im Artikel 196 vorgesehene Küstenzone von 50 Kilometer erreicht), eine Linie von dem Punkt, wo die Eisenbahn Dirschau—Konitz—Schneidemühl—Küstrin deutsches Gebiet erreicht bis Küstrin. Der Lauf der Oder von Küstrin bis Brieg, die Eisenbahn Brieg—Neiße—Kamentz—Glatz—Waldenburg—Görlitz—Beuthen—Pirna—Königstein, eine Linie von Königstein nach Hof, die Eisenbahn Hof—Neustadt—Regensburg, der Lauf der Donau von Regensburg bis Donaueschingen, die Eisenbahn Donaueschingen nach Neustadt, wo die Linie die entmilitarisierten rheinischen Zonen erreicht.

Heftige Kämpfe um Porto.

Eingreifen von Artillerie.

Die von der portugiesischen Regierung verbreiteten Nachrichten, daß der in Porto ausgebrochene Militäraufstand sofort von regierungstreuen Truppen unterdrückt worden sei, hat sich nicht bestätigt. Es haben sich vielmehr heftige Kämpfe um die Stadt entwickelt. Doch soll es jetzt tatsächlich den Regierungstruppen gelungen sein, nach längerer Artilleriebeschießung in die Stadt einzurücken und die strategisch wichtigen Punkte zu besetzen. Mehrere Führer der Rebellen sind geflüchtet. Ihre Verfolgung ist aufgenommen.

Die an die Aufständischen von Porto gerichtete Forderung nach bedingungsloser Übergabe war von diesen abgelehnt worden. Auch eine Vermittlungsaktion des Konsuls von Uruguay, einen Waffenstillstand zustande zu bringen, scheiterte. Bei den Kämpfen gab es zahlreiche Tote und Verwundete. Während die Regierungstruppen nach offiziösen Auslassungen nur geringe Verluste zu beklagen haben sollen, sollen die Aufständischen zahlreiche Tote und 100 Verwundete zu beklagen haben. Auch einige Zivilisten wurden bei dem Kampfe getötet. Unter der Zivilbevölkerung der Stadt herrscht wegen des heftigen Artilleriefeuers Panik. Die Straßen sind mit toten Pferden besät, mehrere Häuser sind vollständig zerstört worden.

Die Lage im Lande verschärft sich noch durch einen Eisenbahnerstreik, der im Norden zur Unterstützung des Aufstandes ausgebrochen ist. Auch in verschiedenen anderen Orten haben die Truppen revoltiert, so in Figueira da Foz, 30 Meilen westlich von Coimbra und Tavira. Hier haben sich die Aufständischen, als sie von einem Kanonenboot beschossen wurden, bedingungslos ergeben.

Die Keudell-Akten beim Reichskanzler.

Die Deutschnationalen hinter Keudell.

Reichskanzler Dr. Marx hatte vor der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die neue Reichsregierung in Aussicht gestellt, daß er auf schnellstem Wege eine Untersuchung über die gegen den neuen Reichsinnenminister von Keudell von sozialdemokratischer Seite vorgebrachten Anschuldigungen wegen dessen Verhalten beim Kapp-Putsch herbeiführen würde. Der Reichskanzler ist demgemäß an die preußische Regierung mit dem Ersuchen herangetreten, die Herrn von Keudell betreffenden Akten zu übersenden. Die preußische Regierung hat diesem Ersuchen auch entsprochen. Wie es heißt, wird Reichskanzler Dr. Marx mit der Bearbeitung dieser Akten eine ihm unparteiisch erscheinende Persönlichkeit betrauen. Man spricht dabei von dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons oder dem Amtsvorgänger Keudells, dem demokratischen Reichsinnenminister Küiz.

Von politisch rechtsstehender Seite wird im übrigen darauf aufmerksam gemacht, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion wie ein Mann geschlossen hinter Keudell steht, der allen Gruppen in ihr gleichmäßig als einer der besten Männer gilt. Von dieser Seite wird auch darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokraten keinerlei Anstoß daran genommen hätten, als ihnen in Preußen die Deutsche Volkspartei Herrn von Richter als Finanzminister präsentierte, der ¾ Jahr vorher wegen Beteiligung am Kapp-Putsch disziplinarisch seines Amtes als Oberpräsident der Provinz Hannover enthoben worden war.

Sombart über die Wirtschaftsentwicklung

Neue Möglichkeiten.

In der Berliner Handelshochschule sprach Geheimrat Prof. Dr. Sombart über das „Wirtschaftsleben der Zukunft" vor einer nach Tausenden zählenden Zuhörerschar. Er führte im wesentlichen aus: „Man darf vorhersagen, wie es wahrscheinlich sein wird, nicht, wie es sein „sollte". So kann man die Grundkräfte feststellen, die das Wirtschaftsleben bisher beherrschten, und die Möglichkeit ihres Weiterwirkens erwägen. Wir leben im Zeitalter des Kapitalismus, und zwar der besonderen Form des „Spätkapitalismus", der sich aus dem „Hochkapitalismus" entwickelt hat. Die Hauptmerkmale des Hochkapitalismus — dessen Ende mit dem Weltkrieg anzusetzen ist — sind das „draufgängerische" Unternehmertum, die freie Konkurrenz und der „naturalistische" Zug des Wirtschaftslebens, d. h. die Eroberung nach Kräften. Diese Seiten des Kapitalismus haben die Tendenz, sich heute zu verändern: der „naturalistische" Charakter schwächt sich mehr und mehr ab und an seine Stelle tritt eine „Normierung" und Regelung des Wirtschaftslebens. Auch das „draufgängerische" Wesen weicht einer steigen Bureaukratisierung in Verbänden, Konzernen usw. Dieser in seinem Wesen veränderte „Spätkapitalismus" wird noch Jahrhunderte dauern, da immer in der Geschichte Früh- und Spätepochen länger als Hochepochen währen.

In die zukünftige Entwicklung wird sich aber als neue Wirtschaftsform die „Planwirtschaft" hineinschieben, wobei man unter Planwirtschaft den „Großbetrieb ohne kapitalistische Spitze" zu verstehen hat. Die Planwirtschaft arbeitet mit den gleichen Mitteln wie der Kapitalismus, d. h., sie übernimmt von ihm 1. den Rationalismus der Arbeitsweise, 2. die Organisationsform des Großbetriebes und 3. als Wesentliches die Technik. Letztere aber kann erst vollkommen der Planwirtschaft dienen, wenn sie ihren revolutionären Charakter verloren hat. Denn Planwirtschaft treiben heißt, „die Wirtschaft auf Flaschen ziehen. Auf Flaschen ziehen kann man aber nur etwas, was ausgegoren hat." So erfordert diese Wirtschaftsform die Stabilität der organisatorischen Formen, der

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF